

Niederschrift

zur 40. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 21.03.2013	18:04 - 19:21 Uhr	Hotel Kaiserhof, Raum "Berlin", Fr.-Engels-Straße 1a, 15517 Fürstenwalde/Spree

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Käthe Radom, Gerold Sachse,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Lothar Hoffrichter in Vertretung für Hrn. Lutz König, Petra Schumann,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

Sachkundige BürgerInnen

Jürgen Lüder,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse, Andreas Politz, Katja Renner, Dr. Ingo Wetter,

Gäste

Freninez, Gabriele Henschke, Susanne Rabe, David Sweet,

Abwesend

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel, Lutz König,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Hans-Joachim Lachmann,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet um 18:04 Uhr die 40. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende bittet um zusätzliche Aufnahme des Tagesordnungspunktes „*Rechenschaftsbericht des Integrationsbeirates der Stadt Fürstenwalde für das Jahr 2012*“. Der TOP wird zu 6.2 zugeordnet. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich um eine Nummerierung.

Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 39.Sitzung vom 28.02.2013

Die Niederschrift der 39. Sitzung vom 28.02.2013 wird bestätigt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende informiert, dass es neue Entwicklungen zur Thematik „Trägerschaft der erweiterten Schulen in Fürstenwalde“ gibt. Zur genaueren Erläuterung übergibt sie Hrn. Dr. Fehse das Wort.

Hr. Dr. Fehse berichtet, dass auf der letzten Sitzung des Kreistages ein Angebot, an die Träger von Oberschulen, öffentlich gemacht wurde. Dies betrifft Storkow, Erkner, Müllrose, Bad Saarow und Fürstenwalde. Der Landkreis ist bereit für einen Zeitraum bis 2017, jährlich/pro Schüler 700,00 € an die Träger der Oberschulen zu entrichten. Der Betrag ist gedeckelt und wird daher auch nicht entsprechend einer Inflationsrate angepasst. Für das erste Halbjahr 2013 war ein Betrag für die jetzige Schülerzahl nachwirkend vorgeschlagen worden. Der Vereinbarungsentwurf enthielt keine Vorschläge, wie es nach diesem Zeitraum weitergehen könnte. Der Bürgermeister hatte alle Amtsdirektoren und Bürgermeister der Träger von Oberschulen am 28.02.2013 eingeladen, um möglichst zu einer einheitlichen Meinung aller Schulträger zu kommen. Es wurde allen Beteiligten die Gelegenheit gegeben, sich zum Vertragsentwurf zu äußern. Zusammenfassend wurde von der Verwaltung am 18.03.2013 ein Schreiben an den Landrat übersandt. Eine Forderung in dem Schreiben an den Landrat war u. a., dass nicht nur 700,00 €, sondern 1.000,00 € pro Schüler gezahlt werden. Des Weiteren wurde eine Regelung über den Vertragszeitraum hinaus gefordert. Bisher hat die Verwaltung noch keine Reaktion auf das Schreiben erhalten.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Benennung sachkundiger Einwohner

TOP 6.1.1 Antrag der FDP, hier: Frau Susanne Rabe, Leiterin der Burgdorfschule

Hr. L. Hoffrichter äußert einleitend, dass die Fraktion FDP, mit Fr. Susanne Rabe eine neutrale sachkundige Person in den Ausschuss einbringt.

Fr. Rabe stellt sich als Sonderpädagogin, Leiterin der Burgdorfschule und des Kinder- u. Jugendbereiches der Samariteranstalten vor. Fr. Rabe arbeitet seit 21 Jahren für die Samariteranstalten.

Anfragen an Fr. Rabe:

Fr. Fiedler erkundigt sich, wo Fr. Rabe ihre Tätigkeitsbereiche als Sachkundige Einwohnerin sieht.

Fr. Rabe erläutert, dass ihr Tätigkeitsbereich vor allem im schulischen Raum, bei Menschen mit Behinderung und im sozialen Bereich liegt.

Hr. Petenati erfragt bei Hrn. L. Hoffrichter, ob ein Lebenslauf von Fr. Rabe zur Verfügung steht. **Hr. L. Hoffrichter** hat einen Lebenslauf an die Abgeordneten weitergeleitet.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.1.2 Antrag der SPD, hier: Frau Gabriele Henschke, Fachbereichleiterin bei der GefAS

Die Vorsitzende erwähnt, dass Fr. Henschke Vielen bereits durch ihre häufige Anwesenheit im Sozialausschuss bekannt ist.

Fr. Henschke erhält die Möglichkeit sich vorzustellen und erläutert eingangs, dass sie seit 16 Jahren im Sozialbereich der GefAS beschäftigt ist. Im Ausschuss möchte sie allerdings vorrangig als Bürgerin von Fürstenwalde mitwirken. Von 2010 bis 2011 hat Fr. Henschke zusätzlich eine Ausbildung zur Sozialmanagerin absolviert.

Fragen an Fr. Henschke:

Hr. L. Hoffrichter gibt zu bedenken, dass mit der leiterischen Tätigkeit von Fr. Henschke bei der GefAS, die Neutralität nicht mehr gewahrt ist. Dann müsse man auch Sachkundige Bürger der anderen großen freien Träger im Ausschuss vertreten haben. Des Weiteren erläutert er, dass sich die Fraktion FDP bzgl. der Neutralität vorab Gedanken zur Auswahl des/der Sachkundigen Bürger/in gemacht hat. Mit Fr. Henschke als leitende Mitarbeiterin der GefAS besteht die Gefahr, dass der Ausschuss hier in eine Schieflage gerät. Hr. L. Hoffrichter appelliert an die Fraktion SPD, vom Antrag zur Sachkundigen Bürgerin zurückzutreten.

Fr. Wagner erwidert, dass eine Sachkundige Bürgerin, die täglich mit der Materie des Ausschusses arbeitet, ein Zugewinn ist. Im Fall der Befangenheit wird natürlich entsprechend der Sitzungsregelungen gehandelt.

Hr. Petenati stimmt Hrn. L. Hoffrichter zu und sieht ebenfalls die Gefahr der Befangenheit.

Fr. Fiedler weist auf die Ausführungen von Fr. Henschke hin, dass sie ihre Tätigkeit im Ausschuss als Bürgerin von Fürstenwalde wahrnehmen möchte und nicht als Vertreterin der GefAS. Wenn die Argumentation gegen Fr. Henschke die Neutralität des Ausschusses betrifft, dann müsse man auch andere Sachkundige Bürger/innen neu beurteilen. Fr. Fiedler lehnt eine weitere Diskussion dazu ab.

Hr. Petenati stellt fest, dass bisher eine solche Nähe zu einer Einrichtung, durch einen Sachkundigen Bürger, nicht gegeben war.

Hr. Sachse erklärt, dass den Abgeordneten von der Verwaltung ein umfangreiches Schriftstück zur Befangenheit vorgelegt wurde. Sachkundige Bürger sind nicht abstimmungsberechtigt, somit besteht hier auch nicht die Gefahr der Befangenheit.

Zustimmung Ja 9 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 6.2 Rechenschaftsbericht des Integrationsbeirates der Stadt Fürstenwalde/Spree für das Jahr 2012

Der Vorsitzende des Integrationsbeirates Hr. David Sweet erhält das Wort und erläutert den Rechenschaftsbericht des Integrationsbeirates der Stadt Fürstenwalde/Spree für das Jahr 2012. Der Bericht ist Anhang der Niederschrift (Anlage 1). Von den Anwesenden gibt es keine Fragen zum Rechenschaftsbericht.

TOP 6.3 Beratung über die Aufteilung der Zuschüsse zur Förderung der Wohlfahrtspflege 2013

Hr. Dr. Wetter erläutert die Förderung in der Wohlfahrtspflege 2012, Antrag 2013. Die entsprechende Aufstellung wird den Anwesenden als Tischvorlage ausgehändigt.

Hr. Petenati erkundigt sich bei der Verwaltung, ob sich der Kreis zur „Haltestelle“ einbringt, um einen Ausgleich zu schaffen. **Hr. Politz** informiert über ein gemeinsames Gespräch in der vergangenen Woche mit dem Regionalleiter der Caritas, Fr. Freninez, Fr. Dr. Weser, Fr. Helminiack, Hr. Dr. Wetter, Hr. Nixdorf und Hrn. Politz selbst. Es wurde u. a. die Planung für die nächsten Jahre und die Zuständigkeiten des Kreises besprochen. Der Landkreis hat wie im vergangenen Jahr zugesichert, die Förderung um weitere 10.000,00 € aufzustocken. Somit war zwischen allen Beteiligten Übereinstimmung geschaffen.

Hr. L. Hoffrichter bittet, der Vertreterin der Caritas das Rederecht zu erteilen, um für das Jahr 2013 die Arbeitsfähigkeit der Caritas/Haltestelle zu erhalten. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Fr. Freninez berichtet, dass die Dienste der Haltestelle jedes Jahr verringert werden müssen. Somit erhalten Menschen weniger bis keine Hilfeleistungen mehr. Dies betrifft z. B. alleinerziehende Mütter und Obdachlose. Zur Förderung hat Fr. Freninez den Eindruck, dass die Gremien von der Verwaltung bestimmt werden und die Förderung nach einem Gießkannenprinzip vergeben wird. Weiterhin führt Fr. Freninez auf, dass das Budget der Haltestelle definitiv eine Deckungslücke aufweist und diese nicht aus eigenen Mitteln zu bewältigen ist. Die Caritas wartet derzeit auf die Bescheide des Kreises.

Hr. Petenati erfragt bei der Verwaltung, ob es richtig ist, dass zwei Begegnungsstätten bezuschusst werden (GefAS Begegnungsstätte und die Caritas „Haltestelle“). **Hr. Politz** erklärt, dass die Verwaltung hier nicht der richtige Ansprechpartner ist. Der Vorschlag kam von den Abgeordneten.

Hr. Gollmer erkundigt sich, ob die Entwicklung der Zahlen, zur Hilfe zum Lebensunterhalt in den letzten Jahren, in der Verwaltung bekannt ist. **Hr. Dr. Fehse** informiert, dass die absoluten Zahlen, Sache des Landkreises sind. Sie sind öffentlich und bekannt. Es gab eine leicht rückläufige Entwicklung.

Hr. L. Hoffrichter erläutert, dass zur Hilfe von Begegnungsstätten bisher immer parteiübergreifend ein Konsens gefunden wurde. Die Haltestelle ist vom Kreis als einzige anerkannte Sozialberatung und Begegnungsstätte für die Region Fürstenwalde kofinanziert. Durch die Finanzierung mehrerer Begegnungsstätten darf nicht riskiert werden, dass dabei eine auf der Strecke bleibt. Man darf nicht zulassen, dass die Haltestelle geschlossen wird.

Zu den Ausführungen von Fr. Freninez, stellt **Hr. Politz** klar, dass der Regionalleiter der Caritas sich anders geäußert hat. Hr. Politz wird sich diesbezüglich bei ihm rückversichern. Zu der erwähnten „Förderung nach dem Gießkannenprinzip“ von Fr. Freninez, erläutert Hr. Politz, dass der Anlass der Reduzierung der Förderung, seit Jahren kommuniziert wird. Hierbei geht es um das Wahrnehmen der

tatsächlichen Zuständigkeiten. Der Landkreis ist zuständig und die Stadt ergänzt mit ihrer Förderung. Der Landkreis hat lange nicht reagiert. Das ursprüngliche Vorhaben, die Haltestelle über direkte Kostensätze zu finanzieren (z. B. über das Jobcenter, Jugendamt) ist nicht zum Tragen gekommen. Inzwischen wurde mit dem Landkreis besprochen, dass die Leistungen der Haltestelle kreisweit definiert und Mustersatzungen entworfen werden. Der Landkreis hat das Sozialamt und das Jobcenter bisher nicht mit in der Finanzierung. Hier befindet sich der Landkreis in der Bringpflicht. In einem Gespräch zwischen der Stadt und dem Landkreis wurde für das Jahr 2013 die Zusage von 10.000,00 € (wie auch im vergangenen Jahr) als Kompromiss bestätigt.

Hr. Sachse erläutert, dass die Diskussion um die Förderung nach dem Gespräch beim Bürgermeister bereits abgeschlossen war. Es ist klar, dass die Haltestelle im Wesentlichen, SGB-Leistungen erbringt, welche Angelegenheit des Kreises sind. Somit steht auch der Kreis für die Finanzierung ein. Die Stadt kann bestenfalls kofinanzieren. Die GefAS ist auch nicht als Konkurrenzunternehmen zu sehen, weil dort keine SGB Leistungen bezogen werden.

Fr. Fiedler richtet sich an Hrn. L. Hoffrichter und empfiehlt ihm, nicht nur die Haltestelle regelmäßig zu besuchen, sondern auch in die anderen sozialen Einrichtungen der Stadt hereinzuschauen. Des Weiteren stellt Fr. Fiedler fest, dass der Ausschuss wieder in dieselbe Diskussion einsteigt, wie bereits auf einer vorangegangenen Sitzung und bittet den Ausschuss um Entscheidungsfindung und Beendigung der Diskussion (Antrag zur Geschäftsordnung).

Abstimmung nach Antrag der Geschäftsordnung zur Beendigung der Diskussion um die Förderung der Wohlfahrtspflege 2012, Antrag 2013:

Ja: 9 Nein: 1 Enthaltungen: 0 Befangen: 0

Zustimmung Ja 9 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Hr. Dr. Wetter informiert:

Zum Thema **Haltestelle** wird die Stadt weiterhin mit dem Landkreis in Verbindung bleiben und ihn auffordern, in seine (finanzielle) Verantwortung zu gehen.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Fr. Radom

berichtet, dass die **Veranstaltung im Rahmen der Frauenwoche am 20.03.2013 offensichtlich ausgefallen** ist. Leider wurde kein entsprechendes Hinweisschild in der Kulturfabrik aufgestellt. Hr. Sachse informiert, dass lt. einem Artikel der MOZ, die Veranstaltung wegen Krankheit ausfiel. Er fügt hinzu, dass ein kleiner Artikel in der Zeitung zu wenig an Information ist. Fr. Wagner erläutert, dass der Veranstalter in der Pflicht ist, die Stadt zu informieren. So hätte die Stadt auch entsprechend reagieren können.

Hr. Sachse

lädt herzlich zu einer **Veranstaltung auf Initiative der Plattform gegen rechts am 25.03.2013 um 19 Uhr** in die Kulturfabrik ein. Hierbei handelt es sich um eine Podiumsdiskussion zum Thema „Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus“.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende stellt fest, dass für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung keine Drucksachen vorliegen und fragt bei der Verwaltung an, ob es Informationen für den nicht öffentlichen Teil gibt. Die Verwaltung hat keine weiteren Informationen. Da auch keine Anfragen von den Mitgliedern des Ausschusses vorliegen, entfällt der nicht öffentliche Teil der Sitzung.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:21 Uhr beendet. Die Vorsitzende verabschiedet die Gäste.

Die Niederschrift umfasst 6 Seiten und 1 Anlage.

Elke Wagner

Katja Renner

Vorsitzende

Schriftführerin